

# MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXI. Jahrgang, Nr. 8

Abgeschlossen am 31. August 1948

## Inhalt

### Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Die ökonomischen Voraussetzungen für die Lösung der gegenwärtigen Preis-Lohn-Problematik

*Die Erhöhung der Produktion und der Produktivität seit dem Preis-Lohn-Abkommen — Die Entwicklung des Realeinkommens — Möglichkeiten einer kurzfristigen Erhöhung der Reallöhne — Der Weg der Preissenkung — Der Weg der Lohnerhöhung — Das Problem der Währungssicherung und des Abbaues der Agrarpreissubventionen*

*Währung, Geld- und Kapitalmarkt — Preise, Lebenshaltungskosten, Löhne — Ernährung — Landwirtschaft — Energiewirtschaft — Gewerbliche Produktion — Umsätze — Arbeitslage — Verkehr — Außenhandel*

### Zur Frage der Handelsspannen in Österreich

*Zunahme der Handelsbetriebe bei niedrigen Umsätzen — Verdienstspannen teilweise überhöht — Durchschnittliche Handelsspannen vor dem Kriege und heute — Das Problem der unvollständigen Konkurrenz im Handel*

Die direkten Verteilungskosten der im Lebenshaltungskostenindex enthaltenen Konsumgüter

*Nahrungsmittel — Genussmittel — Bekleidung und Schuhe — Haushaltgegenstände — Beheizung — Sonstiges — Zusammenfassung*

### Österreichische Wirtschaftszahlen

*(Genauere Inhaltsangabe auf der 3. Umschlagseite)*

## Die wirtschaftliche Lage in Österreich

### Die ökonomischen Voraussetzungen für die Lösung der gegenwärtigen Preis-Lohn-Problematik

Ein Jahr nach Abschluß des Preis-Lohn-Abkommens vom August 1947, das Lebenshaltungskosten und Löhne mit Erfolg stabilisierte und dadurch eine akut drohende Inflation verhinderte, steht die Wirtschaftspolitik neuerdings vor dem schwierigen Problem, zwischen den verschiedenen Interessen, die letzten Endes auf eine andere Verteilung des Sozialproduktes abzielen, einen Ausgleich zu finden, ohne den seit der Währungsreform sich vollziehenden Gesundungsprozeß der Wirtschaft zu gefährden.

Das Preis-Lohn-Abkommen vom vorigen Jahr sah zwischen den gewerblichen Preisen und den Löhnen einen verhältnismäßig großen Abstand vor, der mit Rücksicht auf die stark verminderte Produktivität gerechtfertigt war. Dagegen wurden die offiziellen landwirtschaftlichen Preise zunächst unter dem Kostenniveau festgehalten, mit der Absicht, den Abstand zwischen dem friedensmäßigen Lebenshaltungskostenindex und dem Tariflohnindex in

möglichst engen Grenzen zu halten. Dem Preis-Lohn-Konzept lag die Überlegung zugrunde, daß die gewerbliche Wirtschaft, die in der Ausgangskonstellation durch die Zubilligung kostendeckender Preise begünstigt worden war, mit steigender Produktion und erhöhter Produktivität in die Lage kommen werde, den Abstand zwischen gewerblichen Preisen und Löhnen entweder durch Preissenkungen oder Lohnerhöhungen zu vermindern. Man sah eine Entwicklung voraus, die sowohl eine nachträgliche Erhöhung der landwirtschaftlichen Preise, als auch, unter bestimmten Voraussetzungen, eine allmähliche Verbesserung des Realeinkommens der Arbeiterschaft erlauben werde. Die zunächst kaum vermeidbare Schwäche dieses Konzeptes lag darin, daß man der Landwirtschaft nur relativ kurzfristig nichtkostendeckende Preise zumuten konnte, wenn man nicht eine stillschweigende Sanktionierung des Schwarzen und Grauen Marktes oder

eine Subventionierung der Agrarpreise in Kauf nehmen wollte. Bekanntlich entschied man sich erst nach langem Zögern, nachdem sich der Graue Markt, besonders in den westlichen Bundesländern, bereits weitgehend durchgesetzt hatte, für den zweiten Weg, obwohl allseits ernste Bedenken gegen die Politik der Agrarpreissubventionierung bestehen.

#### Die Erhöhung der Produktion und der Produktivität seit dem Preis-Lohn-Abkommen

Die österreichische Wirtschaft hat seit dem Preis-Lohn-Abkommen auf allen Gebieten bedeutende Fortschritte erzielt. Gegenüber August 1947 hat sich die Kohlenversorgung um 29,9%, die industrielle Produktion um 43,5% und die Produktivität um 28,3%, das handelsstatistisch erfaßte Einfuhr- und Ausfuhrvolumen um 90,5% und 135% und der Güterverkehr der Bundesbahnen um 23,2% erhöht. Auch die landwirtschaftliche Produktion ist heuer, vor allem dank der günstigen Witterung, bedeutend größer als im Vorjahr. Der Beschäftigtenstand in der gewerblichen Wirtschaft ist trotz des durch die Geldverknappung ausgelösten Druckes auf den Arbeitsmarkt etwas höher als im Jahre 1947 und liegt zur Zeit mit rund 1,4 Mill. Beschäftigten um rund 50% über dem Monatsdurchschnitt des Jahres 1937. Dazu kommt, daß der Strom ausländischer Hilfslieferungen unvermindert anhält und sich mit dem Anlaufen des Marshall-Planes noch weiter vergrößern wird. Es besteht also kein Zweifel, daß das Wirtschaftsvolumen innerhalb der letzten 12 Monate sowohl insgesamt als auch je Beschäftigten ständig zugenommen hat und daß das gesamte Sozialprodukt heute erheblich größer ist als zur Zeit des Preis-Lohn-Abkommens.

#### Zur Entwicklung der österreichischen Wirtschaft

	August 1947	De- zember 1947 Durchschnitt	Juni 1948	Juni 1948 in % von Aug. 1947
Kohlenversorgung . . .	99,4	119,9	129,1	129,9
Industrielle Produktion	68,7	69,2	98,6	143,6
davon:				
Produktionsgüter . . .	99,7	94,7	140,5	140,9
Konsumgüter . . . . .	43,5	48,4	64,6	148,5
davon:				
Textilien . . . . .	39,4	48,3	46,3	117,5
Leder und Schuhe . . .	43,8	44,2	60,2	137,4
Produktivität der In- dustrie . . . . .	56,8	53,5	72,9	128,3
Beschäftigung in der ge- werblichen Wirtschaft	157,5	156,3	159,7	101,4
Güterverkehr der Bundesbahnen . . . . .	114,7	117,2	141,3	123,2

Bei einer Beurteilung der Möglichkeiten einer Verbesserung des Realeinkommens der Arbeiter und Angestellten darf allerdings nicht übersehen werden, daß an der relativ hohen Gesamtproduktion (98,6% von 1937) die Produktionsgüterindustrien weit stärker (140,5%) beteiligt sind als die Konsumgüterindustrien (64,6%) und daß gerade die für den Massenkonsum wichtige Textilerzeugung mit 46,3% und die Leder- und Schuhindustrie mit 60,2% der Leistung des Jahres 1937 noch weit von einer friedensmäßigen Produktion entfernt sind.

#### Die Entwicklung des Realeinkommens

Die Entwicklung des Realeinkommens der Arbeiter und Angestellten im vergangenen Jahr läßt sich ziffernmäßig nur sehr schwer errechnen. Die Hauptschwierigkeit liegt darin, daß sich die wirtschaftliche Lage der verschiedenen Arbeiter- und Angestelltenschichten, je nach ihrer Einkommenshöhe und je nachdem, ob sie ihr Entgelt ausschließlich in Bargeld oder teilweise auch, wie dies vor allem vor der Währungsreform häufig üblich war, in Naturalien bezogen haben, sehr verschieden verändert hat. Es spielt auch eine Rolle, in welchem Ausmaß der einzelne als Käufer oder Verkäufer am Schwarzen Markt beteiligt war. Trotz dieser Vorbehalte läßt sich zumindest die allgemeine Entwicklungstendenz des Realeinkommens deutlich als steigend erkennen.

Als Beweis für die Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiter und Angestellten seit dem Preis- und Lohnabkommen wird vor allem ins Treffen geführt, daß der Lebenshaltungskostenindex seit August v. J. bedeutend stärker gestiegen sei als der Lohnindex. Tatsächlich wurde die im Abkommen vorgesehene Höchstmarge von 10% bereits im September v. J. mit 12,1% und im März d. J. sogar mit 20,5% überschritten. In den folgenden Monaten verringerte sich dieser Abstand infolge verschiedener Preissenkungen und beträgt derzeit 15,8%.

Abgesehen von allen Einwänden, die unter den gegebenen wirtschaftlichen Verhältnissen gegen einen auf der Grundlage eines friedensmäßigen Verbrauchsschemas berechneten Lebenshaltungskostenindex vorgebracht werden können, ist festzuhalten, daß bereits bei Abschluß des Preis- und Lohnabkommens vorausgesehen wurde, daß die Lebenshaltungskosten infolge der Erhöhung der gewerblichen Preise, Tarife usw., trotz Niedrighaltung der Nahrungsmittelpreise und der Mieten, um ungefähr 18 bis 20% über den Tariflohn steigen werden. Die Festlegung einer Marge von nur 10% war daher

von vornherein eine Fiktion. Objektiv läßt sich nur feststellen, daß der Lebenshaltungskostenindex nach Auswirkung der vorgesehenen Preis- und Tarifierhöhungen bis auf 20,5% (März d. J.) stieg und seither, infolge eingetretener Preissenkungen, auf 15,8% (Juli und August d. J.) sank.

Diese seit Monaten sichtbare Tendenz einer langsamen Annäherung der Lebenshaltungskosten- und der Tariflohnindizes wird auch durch die Entwicklung der Arbeiter-Nettoverdienste bestätigt, die in den vergangenen Monaten ständig gestiegen und im Juni d. J. bis auf rund 13% (Basis 1938) an die Lebenshaltungskosten herangekommen sind<sup>1)</sup>.

*Entwicklung der Lebenshaltungskosten, Tariflöhne und Verdienste der Arbeiter in Wien*

	Lebens- haltungs- kosten April 1945 = 100	Tarif- löhne	Lebens- haltung höher als Löhne um %	Lebens- haltungs- kosten April 1938 = 100	Netto- verdienste August 1938 = 100	Lebens- haltung höher als Ver- dienste um %
1947						
IX.	342,0	305,1	12,1	290,5	243,7	19,2
X.	350,2	305,1	14,8	297,5	250,9	18,6
XI.	354,5	305,1	16,2	301,2	254,3	18,4
XII.	357,0	305,1	17,0	303,3	258,1	17,5
1948						
I.	359,6	305,1	17,9	305,5	241,0	26,7
II.	359,7	305,1	17,9	305,6	251,1	21,7
III.	367,6	305,1	20,5	312,3	255,3	22,3
IV.	364,3	305,1	19,4	309,5	265,8	16,4
V.	361,9	305,1	18,6	307,4	270,2	13,8
VI.	360,1	305,1	18,0	306,0	270,7 <sup>1)</sup>	13,0 <sup>1)</sup>
VII.	356,6	307,9	15,8			
VIII.	356,5	307,9	15,8			

<sup>1)</sup> Ohne Berücksichtigung der erst seit 1. Juli wirksam gewordenen Lohnsteigerungsmaßnahme.

In welchem Umfang der Sturz der „schwarzen“ und der „grauen“ Preise seit der Währungsreform das Realeinkommen der Arbeiter und Angestellten — die nach den Haushaltsstatistiken im vergangenen Jahre rund 20% ihrer Einkommen für zusätzliche Lebens- und Genußmitteleinkäufe verwendeten — beeinflusste, läßt sich ebenfalls ziffernmäßig nicht genau ausdrücken. Aber auch die vorsichtigsten, sicherlich hinter der Wirklichkeit zurückbleibenden Annahmen und Berechnungen führen zu dem Ergebnis, daß das Sinken der Preise auf dem Schwarzen und dem Grauen Markte auch den breiten Volksschichten eine fühlbare Erleichterung ihrer Lebens-

<sup>1)</sup> Die verschiedene Erhebungsbasis für den Lebenshaltungskostenindex (März 1938) und den Verdienstindex (August 1938) läßt auf eine relativ stärkere Entwicklung der Verdienste schließen, da zwischen März und August 1938 in gewissem Umfang Lohnerhöhungen stattgefunden haben.

haltung gebracht hat. In diesem Zusammenhang muß vor allem an die stark gesunkenen „grauen“ Preise für die verschiedenen Dienstleistungen, Reparaturen und zahlreichen gewerblichen Gebrauchsgegenstände gedacht werden, die im offiziellen Lebenshaltungskostenindex entweder überhaupt nicht oder nur mit einem geringen Gewicht berücksichtigt sind, praktisch aber in jedem Haushalt eine große Rolle spielen.

Nicht zuletzt bedeutet die Erhöhung der offiziellen Lebensmittelrationen von 1600 auf 1700 Kalorien (im November v. J.) und auf 1800 Kalorien (im Juni d. J.) sowie der Umstand, daß seit der Währungsreform ungleich mehr und qualitätsmäßig bessere Waren angeboten werden und die Wahlmöglichkeiten größer geworden sind, für alle Bevölkerungsschichten eine, wenn auch ziffernmäßig schwer faßbare Verbesserung des Realeinkommens.

Diese Feststellungen schließen nicht aus, daß der Lebensstandard des überwiegenden Teiles der Arbeiter und Angestellten, absolut gesehen, noch immer äußerst bescheiden ist und im allgemeinen noch bedeutend unter dem Vorkriegsniveau liegt<sup>2)</sup>. Die offiziellen Lebensmittelrationen sind noch immer quantitativ und besonders in Wien auch qualitativ unzureichend. Die Gemüseversorgung beträgt zur Zeit erst 50%, die Milchversorgung nur ein Drittel des Friedensverbrauches. Die Versorgung mit Textilien und Schuhwerk deckt nur einen kleinen Teil des seit vielen Jahren aufgestauten Bedarfs. Viele Preise, insbesondere für Wiederaufbauwohnungen und Möbel, aber auch für Gemüse und Bekleidungsgegenstände, sind für zahlreiche Lohn- und Gehaltsempfänger noch unerschwinglich. Man darf jedoch nie vergessen, daß die Dürftigkeit der gegenwärtigen Lebenshaltung nur die zwangsläufige Folge der schweren Substanzverluste und der im ganzen stark verminderten Produktivität der Wirtschaft ist. Der Umstand, daß mit dem allmählichen Abbau der Bewirtschaftung und der Ausbreitung des „grauen“ Lebensmittelmarktes, besonders in den Bundesländern, immer mehr Waren frei erhältlich geworden sind und offen zum Verkauf angeboten werden, mag dem einzelnen Konsumenten seine geringe Kaufkraft erst voll bewußt werden lassen.

Zu diesem psychologischen Moment kommt vielfach aber noch ein sehr realer Faktor: Zahlreiche

<sup>2)</sup> Das Realeinkommen der Arbeiter und Angestellten liegt zweifellos noch tiefer, als aus den vergleichbaren Lebenshaltungskosten-, Lohn- und Verdienstindizes hervorgeht, da die Lohn- und Gehaltsempfänger noch immer nicht ihr gesamtes Nominaleinkommen zu den offiziellen Preisen realisieren können.

Arbeitnehmer, die in der vorangegangenen Inflationsperiode neben ihren offiziellen Löhnen und Gehältern von ihren Firmen auch Warenzuteilungen für den eigenen Verbrauch oder zur weiteren Verwertung auf dem Schwarzen Markt erhielten, haben durch die sinkende Tendenz der Preise auf dem Schwarzen und dem Grauen Markt tatsächlich eine Einbuße ihres Realeinkommens erlitten.

Faßt man jedoch alle Ergebnisse und Überlegungen zusammen, so kann kein Zweifel bestehen, daß seit dem Preis-Lohn-Abkommen vom August v. J. auch für die breiten Schichten der Arbeiter und Angestellten das Realeinkommen — mehr oder minder — gestiegen ist. Eine andere Frage ist, ob das Realeinkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger Schritt gehalten hat mit der Verbesserung der Produktion, der Produktivität und des Unternehmereinkommens, und eine weitere Frage, ob, und in welchem Ausmaße sowie unter welchen Bedingungen das Realeinkommen der Unselbständigen in kurzer Frist verbessert werden kann.

#### Möglichkeiten einer kurzfristigen Erhöhung der Reallöhne

In einer zentral gelenkten Zuteilungswirtschaft, in der staatliche Planungsstellen den Verbrauch und das Einkommen der einzelnen Wirtschaftssubjekte festlegen und kontrollieren, kann das Realeinkommen einzelner Bevölkerungsschichten im Rahmen der durch das gesamte Sozialprodukt gezogenen Grenzen zumindest theoretisch willkürlich verschoben werden. Die österreichische Wirtschaft nähert sich jedoch seit dem Währungsschutzgesetz weitgehend wieder einer freien Verkehrswirtschaft, in der sich nach den Gesetzen des Marktmechanismus automatisch eine bestimmte Verteilung des Sozialproduktes einspielt, die durch wirtschaftspolitische Eingriffe nur in beschränktem Umfang verändert werden kann.

Die geschichtlichen Erfahrungen in Ländern mit freier Verkehrswirtschaft zeigen, daß sich auch ohne behördliche Eingriffe Löhne und Gehälter auf längere Sicht immer parallel zum gesamten Volkseinkommen entwickeln und daß ihr Anteil am Sozialprodukt über lange Zeiträume relativ konstant bleibt. Die Entwicklung der österreichischen Wirtschaft seit der Währungsreform bestätigt diese Gesetzmäßigkeit, wenn auch infolge der starken Verzerrung der Lohn- und Preisstruktur der österreichischen Nachkriegswirtschaft dieser Prozeß noch nicht deutlich genug in den offiziellen Preis-, Lohn- und Lebenshaltungskosten-Statistiken sichtbar werden kann. Für die gegenwärtige wirtschaft-

liche Entwicklungsphase ist ja gerade — wie im übrigen vorausgesehen wurde — charakteristisch, daß zunächst die offiziellen Preise noch relativ konstant bleiben und, soweit sie bisher aus gesamtwirtschaftlichen Erwägungen künstlich unter dem Kostenniveau gehalten wurden, sogar eine Anpassung nach oben suchen, während sich der Preiseinbruch bisher vor allem in den weiten Bereichen der nicht oder nur unzulänglich kontrollierten Güter und Dienstleistungen abspielt. Diese Angleichung der verschiedenen Preisniveaus ist keineswegs eine unwichtige Voraussetzung für die Wiederherstellung einer voll funktionsfähigen Wirtschaft und damit für die Steigerung der Produktion und des Realeinkommens.

Indessen werden sich alle Maßnahmen, die auf eine Steigerung der Gesamteffizienz der Wirtschaft abzielen — und hier bestehen gewiß noch zahlreiche Möglichkeiten —, auch unter günstigen Voraussetzungen nur allmählich in einer Erhöhung des Realeinkommens auswirken, während die Arbeiterschaft gegenwärtig *kurzfristig* eine Besserung ihrer Lebenshaltung verlangt. Begründet wird diese Forderung damit, daß das Realeinkommen der Unselbständigen seit dem Preis-Lohn-Abkommen weniger gestiegen sei als das Volkseinkommen — eine Behauptung, die durch einige Symptome im österreichischen Wirtschaftsleben scheinbar gestützt wird<sup>1)</sup>.

Es ist daher die Frage, auf welchem Wege und bis zu welchem Ausmaße in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Entwicklungsphase bereits eine Korrektur der Einkommensverteilung ökonomisch sinnvoll, das heißt ohne Gefährdung des Gesundungsprozesses unserer Wirtschaft und damit auch im Interesse der Arbeiter- und Angestelltenschaft selbst möglich ist.

Der Anteil der Lohn- und Gehaltsempfänger am Sozialprodukt könnte grundsätzlich entweder dadurch erhöht werden, daß die Preise bei unverminderten Nominallöhnen und Gehältern sinken oder daß die Geldeinkommen der Unselbständigen erhöht werden, ohne daß die Unternehmer in höhere Preise

<sup>1)</sup> Die industrielle Produktion ist seit August 1947 um 43,5% und die Produktivität um 28,3% gestiegen, während die Tarifstundenlöhne unverändert geblieben sind und die offiziellen Preissenkungen sicherlich nicht alle Möglichkeiten ausschöpften. Andererseits sind die Verdienste der Arbeiter auch nach dem Preis-Lohn-Abkommen noch gestiegen, während die Gewinne der gewerblichen Unternehmer und der Landwirte infolge des Sturzes der „schwarzen“ und „grauen“ Preise teilweise stark zurückgegangen sind.

ausweichen. Auch eine Kombination beider Methoden wäre denkbar.

#### Der Weg der Preissenkung

Seit dem Währungsschutzgesetz erfolgten teilweise Preisanpassungen automatisch als Folge der Geldknappheit, teilweise wurden Preissenkungsaktionen bei Gütern mit gebundenen Preisen dekretiert. Das Ausmaß der bisherigen Preissenkungen war bei den unmittelbar lebenswichtigen und daher einer strengeren Kontrolle unterworfenen Gütern aus den erwähnten Gründen bedeutend geringer als für die übrigen Erzeugnisse. Trotzdem spiegelt sich die Senkung der gewerblichen Preise teilweise auch im Lebenshaltungskostenindex deutlich wider, der vom März d. J. bis August von 367,6 auf 356,6 (April 1945 = 100) zurückging, wodurch sich der Abstand zwischen Lebenshaltungskostenindex und Lohnindex um rund 5% verminderte<sup>1)</sup>. Bedenkt man, daß eine Senkung der Preise sämtlicher gewerblicher Erzeugnisse (Textilien, Schuhe, Hausrat usw.) um insgesamt 15% den gegenwärtigen Lebenshaltungskostenindex nur um rund 4%, senken würde, dann erscheinen die bereits erreichten Erfolge keineswegs unbedeutend.

Einer weiteren wirksamen Senkung der Preise, die mit Rücksicht auf die erheblich verbesserten Produktionsbedingungen durchaus möglich ist, stehen heute aber noch verschiedene Hindernisse im Wege, die durch die Freigabe einzelner Preise und durch die Aufhebung der Bezugscheinpflicht erst teilweise beseitigt wurden. Der Marktmechanismus und damit die Konkurrenz der einzelnen Unternehmer konnte sich bisher nicht voll entfalten, da aus der Zeit der Bewirtschaftung noch viele monopolartige Organisationen und marktregelnde Vorschriften bestehen, die ihre ursprüngliche Funktion längst verloren haben und sich nur noch hemmend auf die Entwicklung der Produktion und den Anpassungs- und Ausleseprozeß der Marktwirtschaft auswirken. Durch die Beseitigung der funktionslos gewordenen Überreste der Bewirtschaftung und durch eine bewußte Politik zur Bekämpfung privater Monopole und kartellistischer Verabredungen könnten zweifellos weitere Preissenkungen bewirkt und auf diesem Wege das Realeinkommen der Unselbständigen erhöht werden<sup>2)</sup>.

<sup>1)</sup> Diese Verminderung ergab sich allerdings nicht infolge von Preissenkungen gewerblicher Güter, sondern teilweise auch infolge einer Verbilligung des Weines und einer kleinen Erhöhung der Netto-Tariflöhne.

<sup>2)</sup> Entschließt man sich, den Abbau des heutigen Bewirtschaftungssystems konsequent weiterzuführen, dann muß man sich allerdings im klaren sein, daß die Politik

Trotzdem darf man die Möglichkeiten einer kurzfristigen Verbesserung der Reallöhne durch Preissenkungen nicht überschätzen. Auch unter günstigen Voraussetzungen wird es im überwiegenden Teil der Wirtschaft nicht möglich sein, die Idealform der vollständigen Konkurrenz herzustellen. Bei „unvollständiger“ Konkurrenz jedoch, die für die freie Verkehrswirtschaft typisch ist, setzen sich Preissenkungen doch nur langsam durch. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß bei den Hauptnahrungsmitteln, die einen großen Teil des Ausgabenbudgets einer Arbeiterfamilie einnehmen, vorläufig nicht mit Preissenkungen gerechnet werden kann — falls die Subventionierung der Lebensmittel aufgehoben wird, würden sich die Verbraucherpreise für Lebensmittel sogar beträchtlich erhöhen —, während sich die Preissenkungen in der gewerblichen Wirtschaft erst nach und nach von den vorgelagerten Stufen bis zu den Konsumgütern durchsetzen.

#### Der Weg der Lohnerhöhung

Da das Realeinkommen durch Preissenkungen auch unter günstigen Voraussetzungen kurzfristig kaum nennenswert erhöht werden kann, ist es naheliegend, dieses Ziel durch eine allgemeine Erhöhung der Löhne und Gehälter anzustreben.

Grundsätzlich ist jede *generelle* Lohnerhöhung, sofern sie ein bescheidenes Ausmaß übersteigt, für jede Wirtschaft, in besonderer Weise aber für die heutige österreichische Wirtschaft mit ihrer sehr ungleichmäßigen Liquidität äußerst problematisch. Die in einzelnen Bilanzen ausgesuchter Unternehmungen aus den Jahren 1946 und 1947 aufscheinenden großen Erfolge weisen zum Großteil nur inflatorisch bedingte Scheingewinne aus, die sich aus der Preissteigerung der Vermögensbestände ergeben, und erlauben daher keine Rückschlüsse auf die wirkliche Leistungsfähigkeit der gewerblichen Wirtschaft. Eine Lohnerhöhung in der gegenwärtigen labilen Entwicklungsphase könnte leicht die Erwartung eines inflatorischen Auftriebes auslösen und dadurch neuerdings den Anstoß zur Zurückhaltung der Waren und zu einer Erhöhung der Preise geben. Eine Verbesserung der Realeinkommen wird daher nur zu erwarten sein, wenn die Lohnerhöhungen tatsächlich auf Kosten der Unternehmergewinne der „freien Wirtschaft“ nur in Verbindung mit einer vorsichtigen Währungs-, Kredit- und Budgetpolitik zu den gewünschten Ergebnissen führt. Bestehen diese Voraussetzungen nicht, dann würden mit der Beseitigung der wirtschaftlichen Bindungen die letzten Dämme abgetragen werden, die gegebenenfalls einen Durchbruch inflationistischer Strömungen verhindern könnten.

gehen und die Erwartungen der Wirtschaft über die künftige Preisentwicklung durch die Lohnbewegung nicht beeinflusst werden.

In welchem Umfang die österreichische Wirtschaft zur Zeit Lohnerhöhungen ohne Preisreaktionen tragen kann, läßt sich nicht eindeutig beantworten. Sicherlich ist eine Reihe von Betrieben in beachtlichem Umfang hiezu in der Lage, und sicherlich werden sich hiefür mit dem fortschreitenden Gesundungsprozeß der Wirtschaft allgemein größere Möglichkeiten eröffnen. In einer Reihe von Wirtschaftszweigen jedoch sind die Preise heute bereits so knapp kalkuliert, daß bei höheren Löhnen unbedingt in einem Ausweichen in höhere Preise oder, sofern dies infolge der Nachfragestruktur nicht möglich ist, mit einer Einschränkung der Produktion und damit mit einem Abbau von Arbeitern gerechnet werden muß. Vor allem verträgt die Exportindustrie, deren Preise zum offiziellen Wechselkurs heute schon vielfach über den Weltmarktpreisen liegen, keinerlei Lohnerhöhungen, es sei denn, die Exporteure erhielten auf andere Weise Kompensationen, die jedoch, in welcher Form immer sie gewährt werden (Änderung des Wechselkurses, Einführung eines zweiten Devisenmarktes usw.), zu einer Verteuerung der Importe und letzten Endes auch zu einer Verminderung des Realeinkommens führen müssen.

Im Falle von Lohnerhöhungen muß aber auch an die Finanzlage des Staates und der sonstigen öffentlichen Körperschaften gedacht werden, deren Budgets zum Teil heute bereits bedeutende Defizite aufweisen<sup>1)</sup>.

Aber selbst unter der Annahme, daß die Löhne nur in einem Ausmaß erhöht werden, das von

<sup>1)</sup> Welche Wirkungen eine — angenommen 25%ige — Lohnerhöhung für Staat und Wirtschaft hätte, läßt sich unschwer absehen. Da die Lohn- und Gehaltssumme in der gewerblichen Wirtschaft zur Zeit rund 12 Mrd. S beträgt, würde die Lohnerhöhung rund 3 Mrd. S erfordern. Staat, Länder und Gemeinden zahlen jährlich an Löhnen, Gehältern, Pensionen und Renten rund 5½ Mrd. S, die Mehrbelastung betrüge daher rund 1,3 Mrd. S. Allein die Hoheitsverwaltung des Bundes müßte mit einem Mehraufwand von rund 670 Mill. S rechnen. Auch wenn der Staat einen Teil seiner Mehraufwände wieder in Form von Steuern zurückerhält, würde sein Defizit und das der anderen öffentlichen Haushalte katastrophal anwachsen. Da auch die gewerbliche Wirtschaft bei einer Mehrbelastung von 3 Mrd. S zweifellos sofort mit bedeutend höheren Preisen reagieren würde, müßte dies wieder Lohnforderungen nach sich ziehen, so daß schon in Kürze mit einer äußerst virulenten Inflation gerechnet werden müßte, die sowohl durch die Preis-Lohnschraube, als auch über die Defizite der öffentlichen Haushalte ständig neuen Auftrieb erhielte.

der Wirtschaft ohne Preiserhöhung getragen werden könnte, werden sich die Reallöhne nicht unmittelbar, sondern erst als Folge eines gesamtwirtschaftlichen Umschichtungsprozesses verbessern. Ein Rückgang der Unternehmergewinne wird sich weniger in einer verminderten Nachfrage nach Konsumgütern, als in erster Linie in einem Nachfrageausfall nach Investitionsgütern äußern. Da die erhöhten Löhne und Gehälter überwiegend unmittelbar für Konsumzwecke verausgabt werden, ist zunächst eine erhöhte Gesamtnachfrage nach Konsumgütern zu erwarten. Soweit die Produktion elastisch ist, wird sie sich als Folge der Nachfrageverschiebung von Investitions- zu Konsumgütern zugunsten der Konsumgütererzeugung verlagern und das Realeinkommen wird sich infolge des erhöhten Konsumgüterangebotes erhöhen. Eine solche Umschichtung in der Produktionsstruktur wäre angesichts der gegenwärtigen Unterbeschäftigung der Konsumgüterindustrien sicherlich wünschenswert. Nun aber bestehen gegenwärtig gerade in wichtigen Zweigen der Konsumgüterindustrie, wie in der Leder- und in der Textilindustrie, nur geringe Möglichkeiten einer kurzfristigen Produktionsausweitung, da es an den erforderlichen Rohstoffen fehlt, die erst nach und nach im Rahmen des Marshall-Planes eintreffen werden. Die infolge der Lohnerhöhungen verstärkte Nachfrage würde in diesen Zweigen nur zu Preissteigerungen führen, ohne das Warenangebot zu vergrößern. Die Lohn- und Gehaltsempfänger wären zwar infolge ihrer erhöhten Kaufkraft in der Lage, andere Bevölkerungskreise, etwa die Landwirte, zum Teil vom Markt zu verdrängen, die Verbesserung ihres Realeinkommens entspräche jedoch bei unelastischem Konsumgüterangebot infolge der Preissteigerungen keineswegs der Erhöhung ihrer Geldeinkommen.

#### Das Problem der Währungssicherung und des Abbaues der Agrarpreissubventionen

Aus den bisherigen Überlegungen ergibt sich, daß der Lebensstandard der Lohn- und Gehaltsempfänger *kurzfristig* innerhalb bestimmter Grenzen wohl durch Lohnerhöhungen, kaum aber durch Preissenkungen, die sich notwendigerweise erst im Laufe einer längeren Entwicklung auswirken, gehoben werden kann. Dagegen kann eine wirkliche, für jeden Haushalt sofort fühlbare Verbesserung der Lebenshaltung — auch wenn diese in den offiziellen Lebenshaltungskosten und Lohnindizes nicht in Erscheinung treten würde — dann erwartet werden, wenn der tägliche Kalorienatz der Ernährung von derzeit 1.800 auf 2.100 gehoben

wird, und wenn es gelänge, in Kürze ausreichende Mengen von Baumwolle, Wolle und Leder einzuführen und zu den begehrtesten Bedarfsgegenständen zu verarbeiten.

Hier liegt der entscheidende Punkt für eine kurzfristige reale Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter und Angestellten: Solange es nicht möglich ist, die Konsumgüterproduktion stärker auszudehnen und die vorhandenen Kapazitäten besser auszunützen als heute, sind Lohnerhöhungen ein sehr problematisches Geschenk. Es darf nie aus dem Auge verloren werden, daß alle die gegenwärtige Leistungsfähigkeit der Wirtschaft übersteigenden Lohnerhöhungen, jede Vergrößerung des Defizits im Haushalt der öffentlichen Körperschaften und jede Kreditausweitung, die auf eine sinnvolle Ausgewogenheit zwischen Produktionsgütern und Konsumgütern nicht Bedacht nimmt, unvermeidlich eine neue Preis-Lohn-Spirale in Bewegung setzen und eine Entwicklung auslösen, in der zwangsläufig die Löhne hinter den Preisen zurückbleiben.

In diesem Zusammenhang stellt sich auch das Problem der Agrarpreissubventionierung. Es läßt sich leicht nachweisen<sup>1)</sup>, daß die Agrarpreissubventionen in der vorgesehenen Höhe unter Berücksichtigung der Kreditansprüche des Staates und der Wirtschaft, zumindest teilweise, inflatorisch wirken und eine inflatorische Finanzierung der Subventionen letzten Endes auch das Realeinkommen der Unselbständigen schmälern wird. Es mag daher verständlich sein, bereits in der gegenwärtigen Entwicklungsphase, in der die Wirtschaft dank ihrer verbesserten Produktivität in gewissem Umfang bereits Lohnerhöhungen verträgt, diese möglichst weitgehend mit einem Abbau der Agrarpreissubvention zu kompensieren. Ökonomisch gesehen würde die Industrie die Überwälzung der Agrarpreissubventionen auf die Verbraucherpreise tragen, wenn sie die Arbeiter und Angestellten für die Mehrbelastung durch Lohnerhöhungen entschädigt. Umgekehrt zöge die Wirtschaft teilweise daraus einen Vorteil, daß die frei gewordenen Erlöse aus den Hilfslieferungen für die Finanzierung sogenannter produktiver Investitionen verwendet werden können.

Dieses Konzept geht von der Annahme aus, daß unsere Wirtschaft gegenwärtig bereits leistungsfähig genug ist, auf die Hilfe des Auslandes in der Form einer verbilligten Abgabe von Lebensmitteln zu verzichten und die Unterstützung des Auslandes

<sup>1)</sup> Siehe hierzu: „Zur Lösung des Agrarpreisproblems“ in Nr. 2 der Monatsberichte des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, XX. Jg. (Juli 1948), S. 253 ff.

in größerem Maße als bisher für produktive, d. h. in wesentlichen langfristige Investitionen zu verwenden.

So sicher im Interesse der Währungsstabilität jede Überbeanspruchung der Fondsmittel vermieden werden muß, so ist doch auch die Überlegung anzustellen, ob es heute schon ökonomisch sinnvoll ist, den Hilfsfonds in erster Linie durch den Abbau der Agrarpreissubventionen zu entlasten und die frei werdenden Mittel in konsumferne, erst auf langen Produktionsumwegen realisierbare Vorhaben zu lenken. Eine solche Verwendung der Fondsmittel läuft auf eine weitere relative Beschränkung der Konsumgüterproduktion und eine unverhältnismäßige Ausweitung der Investitionsgüterproduktion hinaus und ist geeignet, das heute schon bestehende Mißverhältnis zwischen Produktionsgüter- und Konsumgütererzeugung (141% und 65% von 1937) noch zu verschärfen und über neue Lohnforderungen inflationistische Auftriebendenzen zu fördern. Angesichts dieser Aspekte fragt es sich, ob bereits in der gegenwärtigen Entwicklungsphase an einen völligen oder auch nur weitgehenden Abbau der Agrarpreissubventionen geschritten werden soll oder ob nicht zweckmäßiger auf andere Weise, etwa durch eine rigorose Beschränkung des überdimensionierten bürokratischen Apparates des Staates und der Wirtschaft eingespart und so einer Inflationsgefahr entgegengewirkt werden soll.

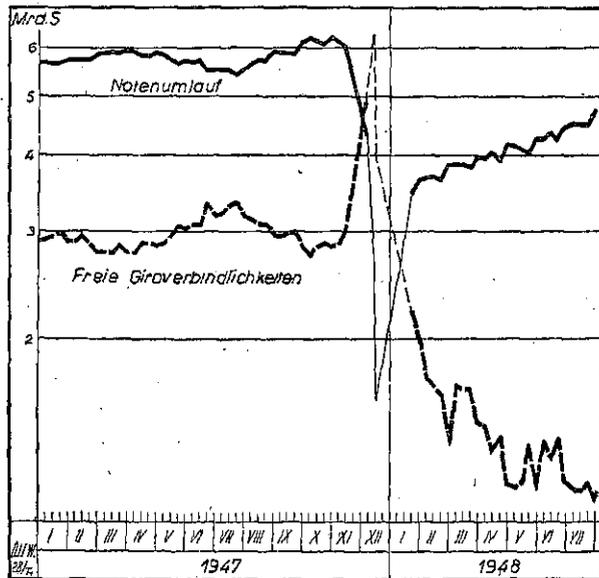
Einer zentral gelenkten Planwirtschaft mag es in hohem Maße — wenn auch keineswegs unbeschränkt — möglich sein, die Investitionsrate auf Kosten des Konsumanteils auszudehnen und der Bevölkerung im Hinblick auf einen rascheren Wiederaufbau eine weitgehende Konsumbeschränkung („Zwangssparen“) zuzumuten. Bei einer freieren Wirtschaftsgestaltung dagegen, in der das wirtschaftliche Geschehen grundsätzlich durch den Preismechanismus gelenkt wird, können die Grenzen zwischen „produktiven“ und „konsumtiven“ Anteil des Sozialproduktes nicht willkürlich gezogen werden. Besonders in Österreich besteht angesichts der gegenwärtig noch sehr schmalen Konsumgüterdecke die Gefahr, daß eine übermäßige Forcierung langfristiger „produktiver“ Investitionen zu Störungen des Wirtschaftsablaufes führt. Im Interesse der Währungs- und Wirtschaftsstabilität schiene es daher wünschenswert, in erster Linie kurzfristig und zur Schließung von Produktionslücken zu investieren und langfristige Investitionen, zumindest in minder wichtigen Bereichen, solange zurückzustellen, bis mit steigendem Realeinkommen auch die Sparrate der österreichischen Wirtschaft wächst.

Währung, Geld- und Kapitalmarkt

Dazu statistische Übersichten S. 304-305

Die Barabhebungen bei der Osterreichischen Nationalbank halten unvermindert an. Obwohl durch die Stilllegung der Erlöse aus ausländischen Hilfslieferungen laufend bedeutende Geldbeträge der aktiven Zirkulation entzogen werden — im Juli wurden 124 Mill. S auf Sperrkonten der öffentlichen Stellen stillgelegt —, stieg der Notenumlauf im Juli dennoch um 262 Mill. S und erreichte zu Monatsende mit 4.737 Mill. S den bisher höchsten Stand seit dem Währungsschutzgesetz. Diese Ausweitung des Notenumlaufes vollzog sich zum Teil zu Lasten der freien Giroverbindlichkeiten der Nationalbank, die im Berichtsmonat um 154 Mill. S abnahmen. Zum Teil ist sie jedoch darauf zurückzuführen, daß die Kreditinstitute 195 Mill. S Bundesschatzscheine bei der Nationalbank rediskontierten und sich auf diese Weise zusätzliche Barmittel zur Befriedigung der Barabhebungswunsche ihrer Kunden bzw. zur Ausweitung ihres Kreditvolumens verschafften.

Abb. 1. Entwicklung des Notenumlaufes und der freien Giroverbindlichkeiten der Nationalbank  
(Log. Maßstab; in Mrd. S)



Seit dem Währungsschutzgesetz ist der Notenumlauf durch Abhebungen von Guthaben öffentlicher Stellen sowie durch die Kreditausweitung der Kreditinstitute ständig gestiegen. Als Folge der starken Abnahme der freien Nationalbank-Giroguthaben ist eine Anspannung des Geldmarktes zu beobachten, die sich in der Rediskontierung größerer Schatzscheinbestande äußert.

Die bedeutende Zunahme der rediskontierten Bundesschatzscheine deutet darauf hin, daß sich auf dem Geldmarkt eine neue Entwicklung anbahnt. Bisher war der Geldmarkt dank hohen National-

bank-Giroreserven der Kreditinstitute äußerst flüssig. Die Kreditinstitute konnten durch Heranziehung ihrer freien und später der freigegebenen gesperrten Giroreserven die hohe Kreditnachfrage der Wirtschaft ohne Beanspruchung des Notenbankkredites befriedigen und darüber hinaus noch laufend Schatzscheine des Bundes aufnehmen, der auf diese Weise die Besatzungskosten sowie das laufende Budgetdefizit finanzierte. Die starke Beanspruchung des Kreditpotentials der Banken sowie die Freigabe von zeitweise gesperrten Spar- und Scheckeinlagen haben jedoch die Liquidität der Kreditinstitute stark vermindert. Während sich Ende Jänner die Giroreserven der Kreditinstitute zu den gesamten freien Einlagen (ohne zeitweise gesperrte Konten) noch wie 1 : 3 verhielten, verschob sich dieses Verhältnis bis Ende Juli auf 1 : 8.

Die Liquiditätslage der Kreditinstitute

	a) freie Nationalbank- giroguthaben Mill. S	b) freie Spar- und Scheckeinlagen <sup>1)</sup>	a in % von b
1948 Jänner . . . . .	1.143	3.704	30,9
März . . . . .	755	4.277	17,7
Juni . . . . .	730	4.842	15,1
Juli . . . . .	610	4.900 <sup>2)</sup>	12,4

<sup>1)</sup> Ohne zeitweise gesperrte Konten.  
<sup>2)</sup> Schätzung.

Da die gesperrten Nationalbank-Giroguthaben der Kreditinstitute bis auf einen kleinen Rest von 41,6 Mill. S bereits erschöpft sind und im September ein weiterer Teil der zeitweise gesperrt Einlagen frei wird, haben viele Kreditinstitute die durch die Liquiditaterfordernisse gezogene Grenze für eine weitere Ausschöpfung ihrer Giroreserven bereits erreicht. Sie werden daher ihr Kreditvolumen nur dann weiter vergrößern können, wenn sie ihrerseits Kredite der Nationalbank beanspruchen. Dabei ist zu erwarten, daß die Kreditinstitute infolge der niedrigen Verzinsung zunächst die in ihren Portefeuilles befindlichen Bundesschatzscheine bei der Notenbank zum Rediskont einreichen werden. Erst wenn ihr Bestand an Schatzscheinen (etwa 800 Mill. S) erschöpft ist, werden sie auf den Rediskont von Handelswechsellen zurückgreifen.

Aus dieser Anspannung des Geldmarktes ergibt sich für den öffentlichen Haushalt eine wichtige Konsequenz; er kann nicht mehr wie bisher damit rechnen, daß die Banken jede Schatzscheinemission ohne Schwierigkeiten aufnehmen werden. Der Staat wird daher in Zukunft in hohem Maße unmittelbar auf den Notenbankkredit angewiesen sein. Angesichts dieser Entwicklung hängt die Sicherung der Währung und in Verbindung damit die Normalisie-

zung der Bilanzstruktur der Nationalbank — Ersetzung der Staatskredite durch kommerzielle Wechsel — von der Ausgeglichenheit des Budgets ab.

Auf dem *Kapitalmarkt* sind die Aktienkurse weiter gesunken. Der Index von 23 Industrieaktien fiel von 292·7 (Mitte Juli) auf 280·5 (Mitte August) und hat damit den bisherigen Tiefststand von 275·6 im Mai fast wieder erreicht (März 1938 = 100). Die Kurse der meisten Aktien liegen erheblich unter dem Niveau, das auf Grund der Ertragslage und der Bonität der einzelnen Unternehmen zu erwarten wäre. Die oft bedeutende Unterbewertung vieler Aktien ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß es an einer umfangreichen anlagesuchenden Nachfrage fehlt, da größere Barbestände der Währungsreform zum Opfer fielen und die Bildung von neuem Sparkapital relativ gering ist. Außerdem wirken die unsichere weltpolitische Lage, die Enge des Marktes sowie saisonbedingter Einflüsse (erhöhter Geldbedarf für Urlaube) kursdrückend. Eine bessere Kurspflege sowie eine Verbreiterung des Marktes wären zur Sicherung langfristigen Kapitalbedarfes der Industrie von besonderer Wichtigkeit.

### Löhne, Preise, Lebenshaltungskosten

*Dazu statistische Übersichten S. 306—308*

Die *Arbeiternettoverdienste* haben sich im Juni von 270·2 auf 270·7 erhöht (August 1938 = 100). Infolge der Erhöhung der Steuerfreibeträge ist im Juli mit einem weiteren Ansteigen des Index zu rechnen.

Auf den „schwarzen“ und freien Märkten erfolgten im Juli — nach der uneinheitlichen Entwicklung im Vormonat — wieder geringe, vermutlich saisonbedingte Preissenkungen. Die „schwarzen“ Devisenkurse, die seit April 1948 um 17% angestiegen waren, fielen um 8%, die freien Versteigerungspreise im Wiener Dorotheum um 3%, die „schwarzen“ Nahrungsmittelpreise um 11% und die Genußmittelpreise um 8%.

Die *offiziellen* Preise blieben im Juli im wesentlichen unverändert. Die Preissenkungen haben sich bisher noch nicht entscheidend auf die Entwicklung der Großhandelspreis- und Lebenshaltungskostenindizes ausgewirkt, obwohl die Preise einzelner Waren stark ermäßigt wurden. Die stärksten Preissenkungen ergaben sich bei amerikanischen Überschußgütern (8—55%), bei einigen Produkten der Maschinenindustrie (10—29%), bei chemischen Produkten (5—30%) sowie bei Baustoffen (5—30%). Zu erwähnen sind ferner Preissenkungen in der Elektroindustrie, der Holzverarbeitenden Industrie,

bei Papier- und Schreibwaren, bei einigen Bergbauprodukten (Kupfer, Magnesit, Schwefelkies) sowie bei Edelstahl. Neben den nominellen Preisermäßigungen dürfen aber auch jene indirekten, schwierig erfaßbaren Verbilligungen nicht übersehen werden, die sich mehr und mehr aus Qualitätsverbesserungen ergeben. Trotzdem besteht der Eindruck, daß die in den letzten Monaten bedeutend verbesserte Produktivität noch weitere namhafte Preissenkungen für gewerbliche Erzeugnisse erlauben würde. Diese können sich aber vielfach nicht durchsetzen, weil gegenwärtig amtliche Höchstpreisbestimmungen und überflüssig gewordene Bewirtschaftungsrelikte kartell- und monopolartige Bestrebungen begünstigen und eine wirksame Konkurrenz der einzelnen Unternehmer verhindern.

Die *Lebenshaltungskosten* nach einem friedensmäßigen Verbrauchsschema blieben im August (356·5) gegenüber dem Vormonat (356·6) unverändert. Die Preissenkungen von Papier- und Schreibwaren sowie der saisonbedingte Preisrückgang bei Obst wurden durch die Neufestsetzung des Preises für Reis kompensiert.

Der Abstand zwischen dem Lebenshaltungskostenindex und dem Tariflohnindex beträgt daher wie im Vormonat 15·8% (April 1945 = 100).

### Ernährung

*Dazu statistische Übersichten S. 309*

Durch die reichliche Ablieferung von Frühkartoffeln und die weiter zunehmende Milchlieferung konnte die Eigenversorgung erhöht werden. In der 43. Versorgungsperiode (19. Juli bis 15. August 1948) wurden 32% des Kalorienbedarfes von rund 330 Mrd. Kalorien aus der eigenen landwirtschaftlichen Produktion gedeckt, gegen 30% und 28% in den beiden vorangegangenen Perioden.

Die gute Kartoffelernte und die relativ hohen Erzeugerpreise für Frühkartoffeln haben eine unerwartet hohe *Kartoffel*ablieferung zur Folge gehabt. Während im Juli vorigen Jahres rund 7.000 t Kartoffeln abgeliefert wurden, waren es heuer im gleichen Monat rund 41.000 t. Da der rationierte Bedarf nur etwa 30.000 t monatlich beträgt, kam es zu Absatzstockungen, wobei größere Mengen von Kartoffeln verdarben (siehe Abschnitt Landwirtschaft).

Die *Milch*ablieferung ist dank der günstigen Futterernte und der Preiserhöhungen im Juni gegenüber dem Vormonat um etwa 10%, gegenüber Juni 1947 sogar um 23% gestiegen. Dementsprechend hat auch die Marktproduktion von Butter und Topfen beachtlich zugenommen. Die Belieferung

Wiens mit Voll- und Magermilch war die höchste seit Kriegsende, betrug aber doch erst etwa ein Drittel des Durchschnittes von 1937.

Sehr schleppend läuft die *Getreide*ablieferung an. Abgesehen von der durch die feuchte Witterung bedingten Verzögerung der Ernte wird die Aufbringung auch dadurch gehemmt, daß die meisten Produzenten anfangs August noch nicht im Besitz ihrer Lieferbescheide waren, da die gesetzlichen Bestimmungen über Erfassung, Ablieferung und Preisregelung ziemlich spät bekanntgegeben wurden. Insgesamt dürften daher bis Anfang August nur etwa 7.000—8.000 t Brotgetreide und 1.000 t Gerste abgeliefert worden sein. Da die Hauptproduktionsgebiete von Brotgetreide, Niederösterreich und Burgenland, sich mit Beginn der 43. Zuteilungsperiode aus der Eigenaufbringung versorgen sollten, entstanden Versorgungsschwierigkeiten, die nur durch Aushilfen anderer Bundesländer überbrückt werden konnten.

Die *Fleischversorgung* war in den westlichen Bundesländern durch die Notschlachtungen infolge der ungünstigen Wetterverhältnisse im Juni und Juli äußerst günstig. Neben den offiziellen Fleischrationen, die ausschließlich in Frischfleisch erfüllt wurden, stand den Verbrauchern ein reichliches Angebot von Fleisch auf dem Grauen Markt zur Verfügung. Die Belieferung des Grauen Marktes, der in den westlichen Bundesländern bis vor kurzem stillschweigend geduldet war, wurde vor allem dadurch begünstigt, daß der Verkehr mit Nutz- und Zuchtvieh freigegeben wurde, so daß Schlachtvieh als Nutztvieh deklariert ungehindert transportiert werden konnte. Infolge der umfangreichen Schlachtungen für den Grauen Markt ist zu befürchten, daß die vorgesehenen Schlachtviehkontingente, die ab September abgeliefert werden sollen, nicht erfüllt werden. Zur Bekämpfung des Schwarzhandels mit Schlachtvieh wurden für den Verkehr mit Nutz- und Zuchtvieh der Transportscheinzwang und die Ankaufsbewilligung wieder eingeführt, und zwar nicht nur wie bisher für den Verkehr zwischen den Bundesländern, sondern auch im Verkehr innerhalb eines Landes.

Die *Ablieferungsergebnisse des Wirtschaftsjahres 1947/48* stehen nunmehr endgültig fest. Insgesamt wurden 168.050 t Brotgetreide, 30.182 t Gerste, 21.230 t Hafer, 17.166 t Mais und 395.768 t Speisekartoffeln<sup>1)</sup> abgeliefert. Damit wurden die Kontingente bei Brotgetreide (ursprüngliches Kon-

<sup>1)</sup> Außerdem wurden noch 12.513 t Industriekartoffeln und 21.131 t Saatkartoffeln abgeliefert.

tingent) zu 70 %, bei Gerste zu 67 %, bei Hafer zu 61 %, bei Mais zu 74 % und bei Kartoffeln zu 66 % erfüllt. Im Vergleich zu den Ergebnissen des Wirtschaftsjahres 1946/47 wurden 19.000 t Brotgetreide, 600 t Hafer und 135.000 t Kartoffeln weniger abgeliefert. Dagegen wurde die Aufbringung des Vorjahres bei Gerste um 9.500 t und bei Mais um 2.400 t überschritten.

Der Grad der Erfüllung der Ablieferungskontingente war in den einzelnen Bundesländern und bei den einzelnen Produkten sehr verschieden. Im allgemeinen wurden die Kontingente in den westlichen Bundesländern bedeutend besser erfüllt als in den östlichen. Oberösterreich-Süd, Salzburg, Steiermark und zum Teil auch Tirol haben bei fast allen Fruchtarten ihre Kontingente erfüllt und zum Teil sogar überliefert.

*Die Erfüllung der Kontingente in den einzelnen Bundesländern*

	Brotgetreide Ablieferung in %	Gerste	Hafer	Körnermais der Kontingente
Wien (Randbezirke)	45,5	54	63	74
Niederösterreich . . .	74,5	60	52	54
Burgenland . . . . .	40,0	53	140	74
Oberösterreich-Nord	98,5	57	47,5	—
Oberösterreich-Süd	82,0	108	91	—
Salzburg . . . . .	69,5	170	102	—
Steiermark . . . . .	47,5	98	102	81,5
Kärnten . . . . .	47,0	72	78	94
Tirol . . . . .	110,0	100	—	81
Vorarlberg . . . . .	—	100	—	100

Da kaum anzunehmen ist, daß die Ablieferungswilligkeit in den einzelnen Gebieten stark voneinander abweicht, dürfte die unterschiedliche Kontingenterfüllung vornehmlich darauf zurückzuführen sein, daß bereits bei der Umlegung der Gesamtkontingente auf die einzelnen Bundesländer deren Leistungsfähigkeit unrichtig eingeschätzt wurde. Im heurigen Erntejahr wird eine den tatsächlichen Produktionsverhältnissen gerecht werdende Umlegung der Globalkontingente deshalb besonders wichtig sein, weil die offiziellen Preise für Getreide gestaffelt sind, so daß die Einnahmen des einzelnen Landwirtes stärker als bisher von einer gerechten Aufteilung der Kontingente abhängen.

#### Landwirtschaft

Die reichlichen Niederschläge der letzten Monate ermöglichten ein gutes Wachstum aller Kulturpflanzen, insbesondere der Kartoffeln. Bereits Ende Juli waren nicht nur die vorgekeimten Bestände, sondern auch die nicht vorbehandelten Früh- und Mittelfrühkartoffeln bedeutend besser entwickelt als in den vergangenen Jahren. Angesichts der frühen Reife der Kartoffeln waren die offiziellen

Erzeugerpreise — der erste Übernahmepreis betrug 80 g — zu stark zugunsten der Frühkartoffeln gestaffelt. Da außerdem in der Landwirtschaft heuer stärker als sonst zur Zeit des Schnittes eine fühlbare Geldknappheit herrschte und mit der Möglichkeit gerechnet werden muß, daß die Kartoffelpreise sinken werden, wenn die Kartoffelbewirtschaftung nach Erfüllung der Kontingente aufgehoben wird, haben die Produzenten bereits im Juli in größerem Umfang Kartoffeln gerodet und zum Verkauf angeboten. Mangels marktregelnder Bestimmungen über Sorten, Einzugsgebiete und Anlieferungsmengen wurde das erhöhte Kartoffelangebot von den Lagerhausgenossenschaften und den Händlern aufgenommen und in die Verbraucherzentren transportiert. Dabei wurden vielfach auch unausgereifte und unsortierte Kartoffeln übernommen, obwohl bestimmungsgemäß die Aufkäufer für die Übernahme einwandfreier Ware haften müssen. Da die relativ teuren und qualitativ schlechteren Frühkartoffeln meist nicht auf Vorrat gekauft werden und die laufende Nachfrage infolge der Geldknappheit sowie der reichlicheren Gemüseversorgung relativ unelastisch ist, konnte auch durch Kartoffelaufäufe für die kommenden Perioden eine Absatzkrise nicht verhindert werden. Infolge längerer Transporte und längerer Lagerung in zu meist hierfür ungeeigneten Waggons verdarben größere Mengen und mußten der völlig unrentablen Verwertung zu Kartoffelstärke — Frühkartoffeln sind für diesen Zweck zu teuer und haben einen zu niedrigen Stärkegehalt — zugeführt werden. Um weiteren finanziellen sowie ernährungsmäßigen Verlusten vorzubeugen, wurde vorläufig eine Lieferungssperre verfügt. In Zukunft darf nur noch auf Abruf geliefert werden.

Angesichts der überdurchschnittlichen Ernte und der relativ günstigen offiziellen Erzeugerpreise ist auch bei den mittelspäten und späten Kartoffelsorten mit einem reichlichen Angebot zu rechnen, wobei viele Produzenten bestrebt sein werden, ihre Kontingente zu überliefern. Bei unbeschränkter Abnahme könnte das Gesamtkontingent in Höhe von 520.000 t bereits vor dem 15. November 1948 (dem für die Aufbringung vorgesehenen Endtermin) erfüllt und der für diesen Zweck vorgesehene Subventionsbetrag von rund 100 Mill. S aufgebraucht sein, ehe noch die arbeitsmäßig ungünstig gestellten landwirtschaftlichen Betriebe voll ausgeliefert haben. Wenn nach Erfüllung des Gesamtkontingentes die Kartoffeln abgegeben und die staatlichen Subventionsbeträge freigegeben werden, ist damit zu rechnen, daß die Erzeugerpreise angesichts des reichlichen Angebotes

und der Unelastizität der Nachfrage sinken werden. Dadurch würden jene Betriebe, die bis zur Freigabe ihr Kontingent noch nicht erfüllt haben, benachteiligt. Es dürfte sich daher empfehlen, Kartoffeln vorläufig nur in jenen Mengen zu übernehmen, die den Betrieben als Pflichtkontingente vorgeschrieben wurden. Dadurch würde vermieden, daß jene Produzenten, die ihre Anbaufläche zu niedrig angegeben haben, auf Kosten der übrigen an den relativ günstigen offiziellen Preisen profitieren. Damit würde sich erstmalig nach dem Krieg die Lieferpflicht unmittelbar in das Recht auf Lieferung einer bestimmten Menge zu einem garantierten Preis umkehren und das Kontingent sowie der offizielle Preis wären nicht mehr eine Maßnahme zur Vermeidung von Übergewinnen, sondern zur Sicherung stabiler landwirtschaftlicher Einnahmen<sup>1)</sup>.

Für die Herbstbestellung wird dieses Jahr mehr *Handelsdünger* zur Verfügung stehen, als in der Vorkriegszeit verbraucht wurde. Im Rahmen des ERP sind allein für den Herbst 51.450 t Phosphatdünger<sup>2)</sup> und 25.000 t Kalidünger (aus den deutschen Ostzonen) zum Teil im Anrollen und zum Teil bereits eingetroffen. Demgegenüber betrug der Verbrauch im Kalenderjahr 1937 85.751 t Phosphordünger und 21.572 t Kalidünger. Da die Herbstanbauflächen rund ein Drittel des Ackerlandes einnehmen, würde sich bei restloser Auslieferung der bereitgestellten Düngemittel die Kunstdüngerverwendung im laufenden Wirtschaftsjahr auf das Zwei- bis Dreifache des Jahres 1937 erhöhen. Da der ausländische Kunstdünger auch weiterhin verbilligt abgegeben wird, ist damit zu rechnen, daß die angelieferten Mengen ohne Schwierigkeit abgesetzt werden können. Nur bei dem im Inland erzeugten Kalkammonsalpeter ergeben sich bereits Absatzschwierigkeiten. Um den Verbrauch dieses wertvollen Düngemittels zu steigern, wurde die Bezugsbeschränkung stillschweigend aufgehoben. Außerdem gewähren einzelne Bundesländer Subventionen zur Verbilligung dieses relativ teuren Düngers.

<sup>1)</sup> Aus dieser besonderen Situation erklärt sich auch die zunächst paradox erscheinende Haltung des Ernährungs- bzw. Landwirtschaftsministeriums zur Frage der Kartoffelbewirtschaftung. Während nämlich das Ernährungsministerium als Vertreter der städtischen Konsumenten entgegen seiner sonstigen Politik für eine sofortige Aufhebung der Kartoffelbewirtschaftung eintritt, hält das Landwirtschaftsministerium, das sonst für eine freie Wirtschaft plädiert, an der Kartoffelbewirtschaftung bis zur Erfüllung der Kontingente fest.

<sup>2)</sup> Die Phosphordüngerlieferungen bestehen aus 25.100 t Superphosphat (17.260 t aus Belgien und 7.840 t aus Italien) und 26.350 t Thomasphosphat (11.350 t aus Frankreich und 15.000 t aus Luxemburg).

Da nicht nur ausreichend Kunstdünger zur Verfügung stehen wird, sondern auch die inländische *Saatgutversorgung* für den Herbstanbau gesichert ist und die Saatgutpreise in einer Höhe festgesetzt wurden, die sowohl den Züchter- wie auch den Verbraucherinteressen entsprechen (die Verbraucherpreise sind bei Handelssaat um 10%, bei Nachbau um 55% und bei Originalsaat um 75% höher als die Erzeugerpreise für Konsumware), ist für die nächste Ernte bei günstiger Witterung eine weitere Erhöhung der Hektarerträge zu erwarten.

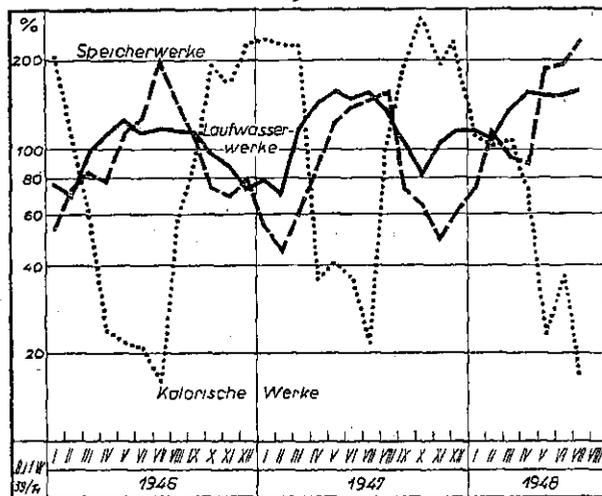
**Energieversorgung**

*Dazu statistische Übersichten S. 310-317*

Seit Beginn des Jahres 1948 hat sich die Kohlenversorgung der österreichischen Wirtschaft auf einem beachtlichen Niveau stabilisiert. Die Versorgung schwankt zwar je nach der Höhe der Kohleneinfuhren kurzfristig von Monat zu Monat; im Durchschnitt mehrerer Monate wurde jedoch die im Kohlenplan vorgesehene Menge stets erfüllt. Im ersten Halbjahr 1948 standen der österreichischen Wirtschaft monatlich durchschnittlich 538.000 t Kohle (Steinkohlenbasis) zur Verfügung, gegenüber nur 413.000 t im Jahre 1937. Da der inländische Braunkohlenbergbau die Leistung des Jahres 1937

Abb. 2. Stromerzeugung der Wasser- und Dampfkraftwerke<sup>1)</sup>

(Log. Maßstab;  $\phi$  1946 = 100)



<sup>1)</sup> Nur öffentliche Unternehmungen, ohne Bahnkraftwerke und industrielle Eigenanlagen.

Infolge reichlicher Niederschläge war die Stromerzeugung der hydraulischen Kraftwerke in den letzten Monaten bedeutend höher als in den entsprechenden Monaten der beiden letzten Jahre. Die Erzeugung in den kalorischen Kraftwerken konnte daher stark gedrosselt werden. Im Juli 1948 wurde nur 1% der gesamten Strommenge in Dampfkraftwerken erzeugt.

bereits voll und die inländische Steinkohlenförderung, der allerdings nur geringe Bedeutung zukommt, erst zu 70% des Jahres 1937 erreicht haben, war die gesamte Steigerung des Kohlenverbrauches gegenüber 1937 nur durch erhöhte Importe möglich. Insgesamt wurden im ersten Halbjahr 1948 2,5 Mill. t Kohle (Steinkohlenbasis), das sind um rund 50% mehr als im Jahre 1937, importiert.

Auch im Juli blieb die Kohlenversorgung günstig. Die inländische Braunkohlenförderung erreichte mit 282.571 t 104,6% und die Kohleneinfuhr mit 476.000 t 173% des Jahres 1937. Rund 62% der gesamten Einfuhr kamen aus Deutschland, rund 19% aus Polen und 14% aus der Tschechoslowakei. Der Rest entfällt auf Lieferungen aus Ungarn und Jugoslawien. Sämtliche Hauptverbrauchergruppen erhielten mehr Kohle als im Durchschnitt des Jahres 1937.

Die Stromerzeugung erreichte im Juli auf Grund der anhaltenden Regenfälle einen neuen Höchststand. Insgesamt wurden 410 Mill. kWh erzeugt, davon stammten 405 Mill. kWh oder nahezu 99% aus Wasserkraften. Bei einem Export von 153 Mill. kWh und einem Import von 38 Mill. kWh stellte sich der inländische Verbrauch auf 289 Mill. kWh. Den meisten Strom verbraucht zurzeit das Land Oberösterreich (113 Mill. kWh gegenüber Wien mit 55 Mill. kWh). Allein die Aluminiumerzeugung in Ranshofen beansprucht monatlich etwa 40 Mill. kWh.

**Stromerzeugung und Verbrauch**

	Laufwasser	Speicher in Mill. kWh	Dampf	Verbrauch
1946 Juli . . .	154	163	5	174
1947 Juli . . .	204	120	7	227
1948 Juli . . .	205	199	5	289

**Gewerbliche Produktion**

*Dazu statistische Übersichten S. 312-314*

Die gewerbliche Produktion ist im Juni beachtlich gestiegen, allerdings fast ausschließlich in den Produktionsmittelindustrien, so daß sich das Mißverhältnis zwischen Produktionsmittel- und Konsumgütererzeugung weiter verschärfte.

Der Produktionsindex hat sich von Mai bis Juni um rund 10% von 89,8 auf 98,6 (1937 = 100) erhöht. Der Produktionsmittelindex stieg von 125,0 auf 140,5, der Konsumgüterindex jedoch nur von 61,2 auf 64,6. Die starke Zunahme der Produktionsmitteleerzeugung ist auf die gleichzeitige Produktions-erhöhung im Bergbau, in der Magnesitindustrie und in der Schwerindustrie zurückzuführen. Außerdem enthält der Index verschiedene Saisoneinflüsse.

die überdurchschnittlich starke Erhöhung der *Baustoffproduktion* (von 103 im Mai auf 126 im Juni<sup>1)</sup>).

Eine stärkere Belebung der Konsumgüterindustrien wird vorläufig vor allem noch durch die unzureichende Rohstoffversorgung der *Textilindustrie* erschwert, die in den letzten Monaten kaum nennenswerte Fortschritte erzielen konnte. Im Mai ist die Erzeugung sogar in fast allen Zweigen der Textilproduktion stärker zurückgegangen, als auf Grund der Zahl der Arbeitstage anzunehmen gewesen wäre. Die *Lederindustrie*, vor allem die *Schuhherzeugung*, konnte ihre Produktion nur deshalb erhöhen, weil sich während des zweimonatigen Streiks größere Rohstoffvorräte angesammelt hatten.

Da der *Beschäftigungsindex* von Mai bis Juni nur um zwei Punkte (von 133,7 auf 135,3), der Produktionsindex aber um fast neun Punkte gestiegen ist, hat die *Produktivität* weiter zugenommen und mit 72,9% des Jahres 1937 den bisher höchsten Stand erreicht.

Die *Braunkohlenförderung* hat im Juni und Juli wieder den Vorkriegsstand überschritten. Durch größere Importe entstand ein Überangebot an Feinkohle, wodurch zahlreiche kleinere Bergbaue in Absatzschwierigkeiten gerieten. Einige kleinere und unrentable Gruben wurden bereits stillgelegt. Der *Eisenerzbergbau* verharrt seit Anfang des Jahres bei einer Förderung von rund 100.000 t, d. s. etwa 65% des Jahres 1937. Eine stärkere Erhöhung wäre für eine ausreichende Erzversorgung der Hochöfen besonders wichtig. Die *Vereinigten Aluminiumwerke* haben in *Unterlaussa* (Oberösterreich) wieder mit dem Abbau von *Bauxit* begonnen. Die bisher gefördert Mengen sind jedoch sehr gering. Im *Kupfererzbergbau* wurde bereits ein Mehrfaches der Vorkriegsleistung erreicht, doch können die Erze vorläufig im Inland noch nicht verarbeitet werden.

Die *Schwerindustrie* hat ihre Erzeugung, mit Ausnahme von *Walzwaren*, auch im Juli weiter erhöht. Bis zum Herbst soll das neue *Feinblechwalzwerk* bei der *Hütte Linz* in Betrieb genommen und damit der Mangel an Feinblechen behoben werden. Probewalzungen finden bereits statt.

In der *Maschinenindustrie* ist eine zunehmende Verlagerung der Erzeugung von den bisher erzeugten billigeren Massengütern auf qualitativ hochwertige Hochleistungsmaschinen festzustellen.

Die *Elektroindustrie* hat weiterhin mit Absatzschwierigkeiten bei Radioapparaten, Glühbirnen, Koch- und Wärmegeräten und Elektromaterial zu

<sup>1)</sup> Eine Bereinigung des Index von Saisonschwankungen ist derzeit wegen der Kürze der Zeitreihe noch nicht möglich.

kämpfen. Auch die *chemische Industrie* stößt bei einigen Produkten nicht mehr so sehr auf Rohstoffschwierigkeiten als bereits auf Absatzschwierigkeiten. An manchen chemischen Grundstoffen besteht allerdings noch immer ein empfindlicher Mangel.

Die Erzeugung der *Baustoffindustrie* ist im Juni außerordentlich stark gestiegen. Vor allem in der *Zementindustrie* traten bereits Schwierigkeiten bei der Lagerung und beim Abtransport auf, die durch Mangel an Papiersäcken zusätzlich erhöht wurden.

#### Erzeugung der Baustoffindustrie

	1937 = 100			
	Mauerziegel 1.000 Stück	Dachziegel	Zement Tonnen	Kalk
1947 Juni . . .	12.605	5.314	32.371	9.449
1948 Mai . . .	25.797	5.041	60.332	17.398
Juni . . .	36.984	8.304	73.007	19.452

#### Umsätze

Dazu statistische Übersichten S. 315

Die schon im Mai festgestellte Belebung der Umsätze in einzelnen Branchen griff im Juni auch auf andere Zweige über. Während die Gesamtumsätze im Mai noch um 1%, zurückgingen, stiegen sie im Juni bereits etwa um 10%. Insbesondere der Umsatz von Textilien und Schuhen hat sich beträchtlich erhöht (Textilien 19%, Schuhe 28%). Auch in der Gruppe „sonstige Branchen“ belebte sich der Geschäftsgang, wobei vor allem der Umsatz von Sportartikeln und Lederwaren saisonmäßig zunahm. Im Nahrungsmittelsektor sind hauptsächlich die Umsätze von Obst und Gemüse, Milch und Süßwaren gestiegen. So haben sich die Gemüsezufuhren nach Wien im Juni auf etwa das Doppelte und die Obstanlieferungen auf das Vierfache des Vormonates erhöht. Die weitere Zunahme der Anlieferungen im Juli sowie die reichlichen Kartoffelzufuhren dürften dem Obst- und Gemüsehandel einen weiteren Auftrieb geben.

Von der allgemeinen Belebung des Geschäftsganges wurden auch die *Lichtspielbetriebe* erfaßt, die, unterstützt von der Regenperiode, gegenüber dem Vormonat entgegen der saisonmäßigen Entwicklung etwas besser besucht waren. Dagegen ist der Theaterbesuch mehr als saisonbedingt zurückgegangen.

#### Arbeitslage

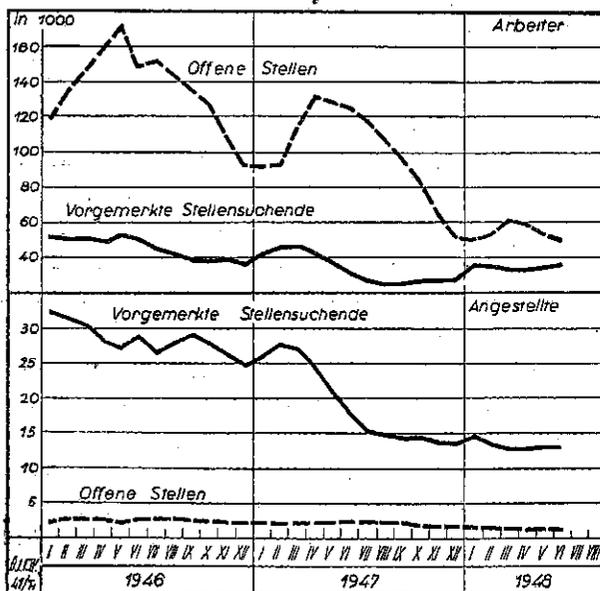
Dazu statistische Übersichten S. 316—317

Auf dem Arbeitsmarkt hielt der Zustrom neuer Arbeitskräfte weiter an. Die Zahl der *Stellensuchenden* stieg im Juni neuerdings um 1.364 Personen, obwohl gleichzeitig auch der Beschäftigtenstand, hauptsächlich saisonbedingt, leicht zunahm

(die Zahl der Krankenversicherten hat sich im Juni um rund 8.000 vermehrt). Die Zahl der Stellensuchenden hat nunmehr mit rund 49.000 Personen etwa den Stand vom gleichen Monat des Vorjahres erreicht; während aber damals rund 128.000 offene Stellen bestanden, betrug die Zahl der *offenen Stellen* Ende Juni 1948 nur noch 49.700. Die Zahl der Stellensuchenden stimmt damit erstmalig etwa mit der der offenen Stellen überein. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß der überwiegende Teil der offenen Stellen (rund 28.000) auf die Landwirtschaft entfällt. Auf dem Arbeitsmarkt für gewerbliche Arbeitskräfte übertrifft im allgemeinen das Angebot bereits die Nachfrage nach Arbeitskräften (offene Stellen 21.543, Stellensuchende 46.764).

Gegenüber dem Vorjahr hat sich die *berufsmäßige Zusammensetzung* der Stellensuchenden weitgehend verändert. Mitte 1947 war die Arbeitslosigkeit noch überwiegend ein Angestelltenproblem. Rund 36% aller Stellensuchenden waren damals Angestellte. Seither ist die Zahl der stellensuchenden Angestellten um etwa 5.000 gefallen, die Zahl der stellensuchenden Arbeiter aber um die gleiche Zahl gestiegen, so daß heute die Angestellten nur noch 26% der Stellensuchenden betragen. Diese Verschiebung

Abb. 3. Offene Stellen und vorgemerkte Stellensuchende  
(Normaler Maßstab; in 1000 Personen)



Die Zahl der offenen Stellen ist nach einem saisonmäßigen Aufschwung im Frühjahr wieder stark zurückgegangen und lag im Juni um 2000 unter dem Stand vom Jänner. Die Zahl der stellensuchenden Angestellten blieb seit März praktisch unverändert, während bei den stellensuchenden Arbeitern ein langsames, aber stetiges Ansteigen bemerkbar ist.

dürfte sowohl auf ein Abwandern von schlecht qualifizierten Angestellten in manuelle Berufe als auch auf die weitere Zunahme der beschäftigten Angestellten in der privaten und öffentlichen Wirtschaft zurückzuführen sein.

Bemerkenswert sind auch die Veränderungen innerhalb der einzelnen Berufsgruppen gegenüber dem Vorjahr. In der Landwirtschaft ist die Zahl der Stellensuchenden fast um die Hälfte zurückgegangen. Dagegen hat sich in der gewerblichen Wirtschaft die Arbeitslosigkeit nur in einigen Zweigen, hauptsächlich in den Grundindustrien, wie im Bergbau, in der Industrie der Steine und Erden und im Baugewerbe, vermindert. Auch die Nahrungs- und Genußmittelindustrie konnte infolge besserer Rohstoffversorgung und der noch immer ungestillten Nachfrage nach ihren Erzeugnissen unbeschäftigte Arbeitskräfte einstellen. Dagegen hat sich die Arbeitslosenzahl in der Lederindustrie auf fast das Dreifache des Vorjahres, in der Textilindustrie um 74%, in der Bekleidungsindustrie um 52%, und im Hotel-, Gast- und Schankgewerbe um 14% erhöht. Auch in der Papierindustrie, im graphischen Gewerbe sowie in der chemischen Industrie nahm das Arbeitsangebot zu. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit in diesen Wirtschaftszweigen geht teilweise darauf zurück, daß vielfach noch ein empfindlicher Mangel an Rohstoffen, insbesondere an Baumwolle, Wolle und Leder besteht, der eine Vollbeschäftigung unmöglich macht. Teilweise beginnen sich aber auch die durch die Geldknappheit ausgelösten Rationalisierungsbestrebungen der Betriebe — die Zahl der stellensuchenden Hilfsarbeiter ist von 7.800 auf 11.294 gestiegen — sowie die verminderte Nachfrage der Konsumenten nach entbehrlichen Gütern auszuwirken. Außerdem dürfte gerade in den genannten Wirtschaftszweigen der Zustrom neuer Arbeitskräfte besonders groß gewesen sein, da in allen Branchen, mit Ausnahme der Lederindustrie (nach den Beschäftigtenzahlen in 1678 repräsentativen Betrieben) auch die Zahl der Beschäftigten gegenüber dem Vorjahr gestiegen ist.

Die Lage der *Lehrlinge* ist weiterhin ernst. Während Ende Juni 24.210 Lehrstellensuchende bei den Arbeitsämtern vorgemerkt waren, wovon 14.153 zum sofortigen Antritt ihrer Lehrstellen bereit sind, können die Arbeitsämter monatlich nur etwa 3.000 Lehrstellen vermitteln. Es wird also bis Februar 1949 dauern, bis die bis Juni vorgemerkten Lehrstellensuchenden untergebracht werden. Außerdem werden sich noch bis zum Herbst weitere Lehrstellenwerber melden, so daß es fraglich ist, ob bis zum nächsten Schulschluß überhaupt sämtliche Lehr-

linge, die heuer die Schule verlassen haben, eine Lehrstelle finden werden.

### Verkehr

Dazu statistische Übersichten S. 318—319

Die Bundesbahnen erreichten im Monat Juni mit 550·5 Mill. Nutzlasttonnen-Kilometer ihre bisher höchste Nachkriegsleistung. Diese Leistungssteigerung ist ausschließlich auf eine Erhöhung des Güterverkehrs zurückzuführen. Der Personenverkehr ist dagegen mit 48·3 Mill. Nutzlasttonnen-Kilometer annähernd gleichgeblieben (die Zahl der verkauften Fahrkarten ging sogar von 4·7 Mill. auf 4·0 Mill. Stück zurück). Trotz erhöhter Einnahmen vergrößerte sich das Gesamtdefizit der Bundesbahnen von 149·5 Mill. S im Mai auf 174·1 Mill. S im Juni, da größere Beträge für die Behebung von Kriegsschäden aufgewendet wurden.

Der *Transitverkehr* hat sich im Mai und Juni nach dem ständigen Rückgang in den Vormonaten wieder bemerkenswert belebt. Mit 276.000 Netto-Tonnen im Monat Juni (185.000 t im April und 232.000 t im Mai) wurde der bisher höchste Nachkriegsstand erreicht und eine Einnahme von 6·6 Mill. sfr. erzielt. Allerdings beschränkt sich die Belebung fast ausschließlich auf die Durchfuhrlinien Polen—Italien (April 4.000 t, Juni 62.200 t) und Tschechoslowakei—Italien, während der übrige Transitverkehr, vor allem in der Ost-West-Richtung, unverändert blieb oder sogar zurückging. Warenmäßig ist der steigende Anteil der Kohlendurchfuhr (Polen—Italien) und der nicht nur prozentuell, sondern auch absolut sinkende Anteil der „anderen Güter“ bemerkenswert, da mit der Verlagerung auf Massengüter auch die Einnahmen ungünstig beeinflusst werden.

#### Verkehrseinnahmen aus dem Transit

	Insgesamt 1000 Schweizer Franken	Koble	Andere Güter	Je 1000 Netto- tonnenkilometer Schweiz. Frank.
1948 April . . .	5.377	1.332	4.045	57·65
Mai . . .	6.073	2.437	3.637	54·21
Juni . . .	6.583	3.107	3.476	52·86

Während die Verhandlungen über das neue Verkehrsgesetz<sup>1)</sup> noch laufen, konnte zwischen Bundesbahn und Post ein *Abkommen über den Autobusverkehr* getroffen werden, das am 1. August 1948 in Kraft trat und die Konkurrenzverhältnisse der beiden wichtigsten Autobuslinienunternehmen regelt. Danach wird der Überlandverkehr auf bahn-

<sup>1)</sup> Siehe Nr. 6 der Monatsberichte des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, XXI. Jg. (Juni 1948), S. 210.

parallelen Strecken durch die Autobuslinien der Bahn durchgeführt, während die Zubringerdienste dem Postkraftlinienverkehr überlassen bleiben. Durch diese Linientrennung ist es möglich, den verfügbaren Wagenpark rationell auszunützen und weitere bahnferne Siedlungen in den Autobuslinienverkehr einzubeziehen. Von der vorgesehenen gemeinsamen Benützung sämtlicher Garagen und Werkstätten sowie den gegenseitigen Hilfsleistungen werden weitere Kostensenkungen erwartet. Tarifarische Änderungen sind jedoch vorläufig nicht vorgesehen.

Der private Autobusverkehr wird von diesem Abkommen nicht berührt. Es wäre jedoch wünschenswert, auch die unvollständige Konkurrenz der einzelnen privaten Autobusunternehmen durch ähnliche Abkommen zu regeln. Dadurch wäre es ohne nennenswerte Neuinvestitionen möglich, ein dichteres Liniennetz zu erstellen und insbesondere verkehrsarme Gebiete zu erschließen.

Am 30. Juni wurde vom Nationalrat der Beitritt Österreichs zur *internationalen Konvention für Zivilluftfahrt* beschlossen, nachdem bereits am 9. Juni in Genf Österreich in diese Organisation aufgenommen worden war. Wenn diesem Akt vorläufig auch kaum praktische Bedeutung zukommt, da dem kürzlich gegründeten Amt für Zivilluftfahrt beim Bundesministerium für Verkehr vorläufig noch keine Entfaltungsmöglichkeiten gewährt wurden, so bedeutet der Beitritt doch einen weiteren Schritt im Neuaufbau des österreichischen Luftverkehrs, der im Jahre 1938 bereits 7·5 Mill. Flugkilometer erreicht hatte.

### Außenhandel

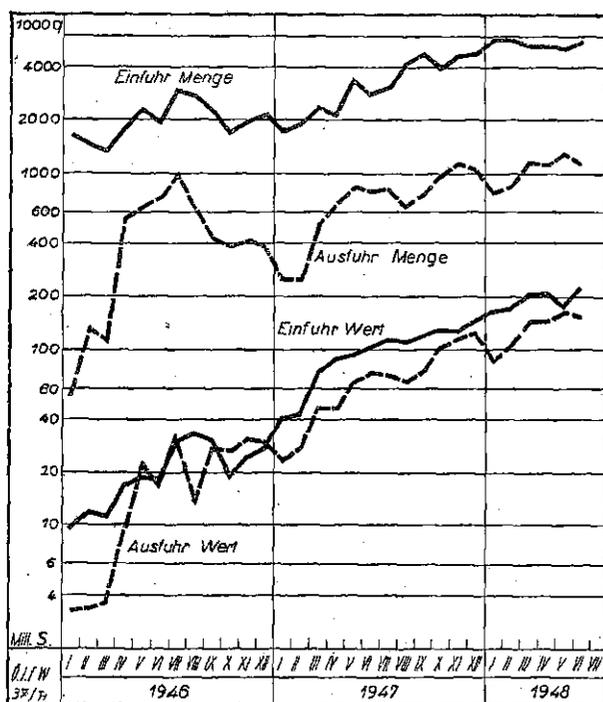
Dazu statistische Übersichten S. 320

Im Juni stieg die Einfuhr nach dem vorübergehenden Rückschlag im Mai, vor allem dank hohen Einfuhren aus Deutschland und Amerika, auf 211·7 Mill. S. Dagegen sank die Ausfuhr trotz bedeutender Exporte nach Frankreich, Italien, Jugoslawien und den USA um 2·3 Mill. S auf 161·2 Mill. S. In den beiden nächsten Monaten ist saisonbedingt kaum eine stärkere Erhöhung der Ausfuhr zu erwarten. Insgesamt lag die handelsstatistisch erfaßte Einfuhr im zweiten Quartal 1948 wertmäßig um 10% über dem ersten Quartal des laufenden Jahres und um 109% über dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Die Ausfuhr erreichte 140% des ersten Quartals 1948 und 253% des zweiten Quartals 1947.

	Einfuhr in Mill. S	Ausfuhr
2. Quartal 1947 . . . . .	285·8	184·9
1. Quartal 1948 . . . . .	544·9	336·2
2. Quartal 1948 . . . . .	597·1	469·2

Nach Veröffentlichung der Einzeldaten ist es nunmehr möglich, die im letzten Bericht erwähnte Erhöhung der Ausfuhr im Mai von 144·5 Mill. S auf 163·5 Mill. S näher zu analysieren. Am stärksten stieg die *Ausfuhr* in der Gruppe „Rohstoffe und halbfertige Waren“, die gegenüber dem Vormonat um 13·6 Mill. S zunahm und mit 53·5 Mill. S um 64% über dem Durchschnitt der Monate Jänner bis April lag. Holz, Magnesit und insbesondere Aluminium und Blei verzeichneten die stärkste Ausfuhrsteigerung. Demgegenüber erhöhte sich die Fertigwarenausfuhr nur um 5·7 Mill. S und lag mit 108·6 Mill. S nur um 26% über dem

Abb. 4. Ein- und Ausfuhr nach Menge und Wert  
(Log. Maßstab; in 1000 q bzw. Mill. S)



Der Außenhandel hat sich nach einem vorübergehenden Rückschlag zu Jahresbeginn stark ausgeweitet. Die handelsstatistische Einfuhr erreichte im Juni mit 2117 Mill. S und die Ausfuhr im Mai mit 163·5 Mill. S ihren bisherigen Höchststand seit Kriegsende. Der statistisch ausgewiesene Einfuhrüberschuß ist in den letzten Monaten hauptsächlich infolge der allmählichen Erschöpfung des englischen Pfund-Kredits etwas zurückgegangen, erreichte im zweiten Quartal 1948 aber noch immer 127·9 Mill. S.

Durchschnitt der vorhergegangenen vier Monate. In dieser Gruppe erhöhte sich vor allem der Export von Baumwollgarnen, Wollwaren und feuerfesten Ziegeln.

Die relativ stärkere Steigerung der Rohstoffausfuhr, die mit den Zielen der österreichischen Außenhandelspolitik in einem gewissen Widerspruch steht, ist, abgesehen von zufälligen Einflüssen, hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die Rohstoffe ihre Konkurrenzfähigkeit besser bewahrt haben als die Fertigwaren. Dazu kommt, daß die meisten europäischen Staaten auch weiterhin versuchen, mit Hilfe einer staatlichen Außenhandelslenkung die Einfuhr von Fertigwaren zu unterbinden. So bestehen in Italien starke Bestrebungen, den Import österreichischen Papiers gänzlich durch die Einfuhr von Papierzeug zu ersetzen und in den Wirtschaftsbesprechungen, die im Juni mit England stattfanden, beschränkten sich die englischen Importwünsche außer auf Papier und Stahl fast ausschließlich auf Rohstoffe und halbfertige Waren. Auch das Schwergewicht der neuen Wirtschaftsverträge mit der Bi-Zone und der Tschechoslowakei liegt auf Rohstoffen. Allerdings ist auch bei Fertigwaren eine Exportbelebung zu erwarten, da die Tschechoslowakei und ebenso Polen, mit dem der Handelsverkehr durch ein neues Abkommen erweitert wurde, bedeutende Aufträge für unsere Maschinenindustrie erteilt haben und der Vertrag mit der Bi-Zone und das Spezialabkommen mit der deutschen Ostzone dem Bücher- und Zeitschriftenexport, der im Durchschnitt der Monate Jänner bis Mai 1948 nur 478 q betrug (gegenüber 2.838 q im Monatsdurchschnitt des Jahres 1937), neue Märkte eröffnen.

Der vorübergehende Rückgang der Einfuhr im Mai von 206·6 Mill. S auf 178·8 Mill. S erstreckte sich zu gleichen Teilen auf Nahrungsmittel und Rohstoffe. Während bei den Rohstoffen in erster Linie die Einfuhr von Brennstoffen (— 5·2 Mill. S), Baumwolle und Baumwollabfällen (— 3·8 Mill. S), Wolle und Wollabfällen (— 6 Mill. S) zurückging, konzentrierte sich der Importrückgang bei Nahrungsmitteln auf Gemüse (— 13·6 Mill. S) und Zucker (— 4·3 Mill. S). Hervorzuheben ist die erstmalige größere kommerzielle Einfuhr von Getreide (aus Jugoslawien und Ungarn) und von Frischfleisch (Schweiz), so gering sie auch noch im Vergleich zur Vorkriegseinfuhr war.